

Der Binswanger-Irrtum; eine Replik

In der Republik vom 2. März unterstellt Daniel Binswanger der GLP so einiges. Dazu hat [Thomas Haemmerli eine Replik](#) geschrieben. Als junger Grünliberaler konzentriere mich hier auf den Vorwurf, die GLP lehne den STAF-Kuhhandel ab, weil sie so unsozial sei und einer Umverteilung bei der AHV von unten nach oben ablehne. Damit trifft Daniel Binswanger meilenweit daneben. Warum?

Unsere Altersvorsorge ist gefährlich aus dem Lot. Die erste Säule weist ungedeckte Leistungsversprechen von über **einer Billion** Franken auf. Mit anderen Worten: Wir brauchen 1000 Milliarden, um das Loch in der AHV zu stopfen. Über den dringenden Reformbedarf herrscht Einigkeit von links bis rechts, der Streit dreht sich ums Wie. Die Altersvorsorge 2020 wurde vom Stimmvolk versenkt. Wohl auch, weil man mit der gleichzeitigen Reform beider Säulen zu viel wollte. Der Bundesrat hat aus der Niederlage gelernt. Noch bevor er die Arbeit für eine neue Reform aufnahm, lud er sämtliche Akteure an einen Runden Tisch ein und erarbeitete als Vorschlag die AV21. Diese Vorlage kommt diesen Winter in den Nationalrat. Ziel ist es, die AHV zu stabilisieren – damit auch die kommenden Generationen eine Rente erhalten. Das ist bitter nötig. Der AHV-Fonds ist ohne Reform 2030 leer. Das ist auch in der Bevölkerung angekommen: Gemäss einer repräsentativen Umfrage der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaft (ZHAW) im September 2018 haben nur gerade noch 15.1% Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der AHV. In einem Sozialwerk, dass im Umlageverfahren finanziert wird, ist das Vertrauen allerdings entscheidend für dessen Fortbestand und die Bereitschaft eines jeden einzelnen, seinen Teil an die AHV zu leisten.

«Das Vertrauen in die AHV ist gefährlich tief gesunken.»

In der Zwischenzeit hat sich das Parlament mit der Unternehmenssteuerreform17 (SV17) befasst. Auch bei den Unternehmenssteuern sind sich Links und Rechts einig, dass es eine Reform braucht. Auch hier geht der Streit ums Wie. Die SV17 ist die Neuauflage der gescheiterten USR3. Der Bundesrat hat bei der SV17

reichlich nachgebessert – das Resultat ist ein gut schweizerischer Kompromiss, welchem sowohl die Kantone und die Städte als auch die grossen politischen Parteien zustimmen. So sagt SP-Vize Präsident Roger Nordmann in der letzten Arena vom 1. März, er habe noch kein einziges gutes Argument dagegen gehört.

Dennoch hat die Politik beschlossen, die SV17 mit einem anderen Thema zu verknüpfen: Mit einer Finanzspritze für die AHV. Das ist **aus drei Gründen** stossend:

1. Billionen-Loch in der AHV: Die Reform wird auf die lange Bank geschoben

Mit dem AHV-Teil des Kuhhandels wird eine Reform auf die lange Bank geschoben und in den fertigen AHV21 Kompromiss reingepfuscht. Man kann nicht den Ausgleich vorwegnehmen und damit die dringende AHV-Reform gefährden. Macht man das doch, nimmt man in Kauf, die AHV an die Wand zu fahren und erschwert massiv einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Akteuren. Die fehlende Billion rührt von demographischen Veränderungen her. Metaphorisch gesprochen hat unser AHV-Geldsäckchen ein Loch. Anstatt dieses Loch zu flicken, um dann das nötige Geld ins Säcklein zu geben, legt man einfach mehr Geld hinein. Das ist nicht nachhaltig und weit entfernt von einer generationengerechten Vorsorge. Das AHV-Geldsäcklein braucht mehr Geld - einverstanden. Aber das Loch muss geflickt werden. Sprich: Dem strukturellen Wandel muss Rechnung getragen werden. Den demographischen Wandel zu ignorieren und ideologisch auf seinem Standpunkt zu verharren ist verantwortungslos.

2: Für wenige (Babyboomer) statt für Alle

Der vorgeschlagene Deal ist kein Ausgleich, sondern eine doppelte Belastung. Die Mindereinnahmen bei den Steuern durch die Unternehmenssteuerreform von 2 Milliarden Franken muss die arbeitende Bevölkerung zahlen. Entweder durch Leistungsabbau oder durch eine höhere Steuerlast. Als "Ausgleich" für die Mehrbelastung, sollen auch die Lohnprozente um 1.1 Milliarden erhöht werden. Zudem soll der Bund 0.9 Milliarden mehr in die AHV investieren – zu Lasten der laufenden Rechnung.

«Wirklich unsozial ist es, die AHV nicht zu sanieren und mit der Kreditkarte von uns Jungen Geld auszugeben - ohne auch nur einen Teil der Rechnung bezahlen zu wollen.»

Die Unternehmen werden die gestiegenen Lohnkosten den Konsumierenden weitergeben oder aber die Löhne entsprechend gegen unten korrigieren. Die 1.1 Milliarden gehen also voll zu Lasten des Mittelstands. Dazu kommt noch eine saftige Rechnung von 2.9 Milliarden, die der Bund weniger in der Bundeskasse hat und die ebenfalls zu begleichen ist. Total soll die Bevölkerung und vor allem der Mittelstand für 4 Milliarden aufkommen. Die Politik lobpreist diesen faulen Zauber als Ausgleich und Kompensation. *Ein Kompromiss ist, wenn beide Seiten etwas geben, nicht wenn beide nehmen und der Mittelstand den Tauschhandel der alten Herren bezahlt.*

3. Demokratiepolitischer Sündenfall

In der Schweiz gilt der Grundsatz der Einheit der Materie. Vorlagen sollen einen thematischen Zusammenhang aufweisen. Das soll sicherstellen, dass die Bevölkerung ihre Meinung fachspezifisch äussern kann (also zum Beispiel Ja zur AHV-Spritze und Nein zur SV17 oder umgekehrt). Wird eine sachfremde Verknüpfung abgelehnt, kann niemand sagen, ob es wegen dem ersten oder dem zweiten Thema war - das gleiche bei einer Annahme. Es ist unmöglich den Volkswillen zu ermitteln. Deshalb ist die Einheit der Materie ein wichtiger Grundsatz einer direkten Demokratie. Würde eine

Volksinitiative mit dem exakt gleichen Wortlaut lanciert, käme sie nie zur Abstimmung und würde richtigerweise für ungültig erklärt werden.

Die Aufgabe der Politik ist es, tragfähige Lösungen zu erarbeiten und der Bevölkerung die Notwendigkeit von Reformen zu erklären. Beim STAF hat die Politik komplett versagt – und verspielt sich nicht nur Glaubwürdigkeit, sondern auch noch das vielleicht wichtigste Gut für eine funktionierende Demokratie: Das Vertrauen.

Diese drei Gründe haben nach intensiven Diskussionen in der GLP zur Ablehnung der Vorlage geführt.

Wirklich unsozial ist es, die AHV nicht zu sanieren und mit der Kreditkarte von uns Jungen Geld auszugeben - ohne auch nur einen Teil der Rechnung bezahlen zu wollen. Es versteht sich von selbst, dass wir einen wesentlichen Beitrag an die fehlende Billion zahlen werden. Aber auch die alten Herren, die bald fein raus sind und jetzt Deals wie den STAF-Kuhhandel beschliessen, sollen ihren Beitrag dazu leisten. Immerhin haben sie uns die Suppe eingebrockt. Eine gerechte und nachhaltige Altersvorsorge ist im Interesse aller. Agieren nach dem Prinzip: „Nach mir die Sintflut“ wie in der Klimapolitik ist auch hier deplatziert.

Tobias Vögeli (23) ist Co-Präsident der Jungen Grünliberalen Schweiz und Co-Präsident des Generationenkomitees gegen den STAF